



ACHTUNG INHALT

Unser GRÜNES Wahlprogramm
Ortsverband Rendsburg

Am 6. Mai ist
Kommunalwahl



Inhaltsverzeichnis

Klimaschutz und Energiewende.....	3
Natur und Umwelt als Lebensgrundlage erhalten.....	3
Schulen zu Klima-Schulen entwickeln - Ein Schritt zur Klimaschutzstadt Rendsburg .	3
Energetische Sanierung	4
Städtische Flächen entsiegeln.....	5
Abfallvermeidung.....	5
Nachhaltige Beschaffung vorantreiben	5
Umwelt- und Naturschutz.....	5
Ökologische Landwirtschaft.....	5
Trinkwasser schützen	6
Regionale Vermarktung stärken.....	6
Wasser	6
Artenvielfalt erhalten	6
Saubere Meere.....	7
Kita und Bildung.....	7
Kita.....	7
Bildung	8
Gesundheit und Pflege	9
Medizinische Versorgung	9
Pflege	9
Soziale Teilhabe	10
Kinder- und Jugendpolitik.....	10
Frauenpolitik	10
Inklusion.....	11
Kulturelle Vielfalt und Integration	11
Kultur und kulturelle Bildung.....	11
Digitalisierung	13
Daseinsvorsorge	14
Wohnraumentwicklung.....	14
Ehrenamt	14
Feuerwehr	15
Tierheim	15
Stadtentwicklung und -gestaltung	15
Sport.....	16
Wirtschaft und Verkehr	16
Mobilität und Infrastruktur	16
Kreislaufwirtschaft stärken.....	17
Nachhaltiger Tourismus	17
Nachhaltige Beschaffung vorantreiben	17

Klimaschutz und Energiewende

Natur und Umwelt als Lebensgrundlage erhalten

Schulen zu Klima-Schulen entwickeln - Ein Schritt zur Klimaschutzstadt Rendsburg

Die Stadt Rendsburg sieht sich selbst gern als die grüne Stadt am Wasser, die günstige Umweltbedingungen bietet. Dennoch werden auch in Rendsburg die geltenden Grenzwerte für die Luftschadstoffe Feinstaub und Stickoxid überschritten. Die überall festzustellende Zunahme eines Zubetonierens („Versiegelung“) und der Schwund der Straßenbäume sind ungebremsst. Von Lärm, schlechter Luft und fehlendem Grün sind die Menschen in den ärmeren Stadtteilen am meisten betroffen.

Die Stadt Rendsburg stellt sich aktiv seiner Verantwortung zum Klimaschutz. Wir sehen uns in der Verantwortung einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir wissen, dass ein wichtiger Faktor, der zum Gelingen von Klimaschutzmaßnahmen beiträgt, das Verhalten jedes Einzelnen ist. Für pädagogische Einrichtungen (Kitas, Schulen, BBZ u.a.) bietet daher die Entwicklung eines städtischen Klimaschutzkonzepts die große Chance, dass

- sich die ganze Gemeinschaft (Kinder, Eltern, Lehrer/Erzieher u.a.) intensiv mit den Maßnahmen und Verhaltensweisen im Sinne des Klimaschutzes auseinandersetzt
- der Klimaschutz zum regelhaften und umfassenden Lerngegenstand für die Schülerinnen und Schüler wird und diese ihre Handlungskompetenzen in den Themenfeldern Klimawandel und Klimaschutz erweitern können

Maßnahmen auf der Ebene von Verhalten sind vor allem:

- Einsparen von Heizenergie
- Einsparen von Stromverbrauch
- Abfallvermeidung (Plastik, Tetrapack, Coladosen etc.), Abfallentsorgung (Mülltrennung) und Recycling (z.B. Druckerpatronen)
- Papiereinsparung
- Ernährung (Reduzierung des Angebots an Fleisch- und Wurstwaren in Schulen und Kindergärten)
- Naturerkundung und Unterrichtsbezug (u.a. Unterstützung von Waldkindergärten)
- Förderung der Tier- und Pflanzenwelt (Schmetterlinge, Bienen, Vogelwelt) durch entsprechende Begrünung

Für die Umsetzung dieser Maßnahmen werden entsprechende Rahmenvorgaben entwickelt und Anreize geschaffen ("Fifty/Fifty"; Preisverleihung "Klimaschule", Urkunden für Teilnahme an Aktionen).

Diese Maßnahme ist ein weiterer Baustein zu einem eigenen Klimaschutzkonzept für Rendsburg. Wir Grünen wollen dazu beitragen, Rendsburg zur Klimaschutzstadt weiterzuentwickeln.

Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Alle Menschen sind hiervon betroffen. Daher muss es für alle darum gehen, die globale Erderwärmung deutlich zu begrenzen. Hierfür ist die Politik gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen sowie Maßnahmen zu ergreifen und Investitionen zu tätigen, die geeignet sind, die Klimaziele zu erreichen. Aber auch jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin in Stadt, Kreis und Land ist aufgerufen, Maßnahmen zum Schutz des Klimas einzuleiten und zu unterstützen.

Schleswig-Holstein ist in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen. Auch in unserem Kreis mit seinen Gewässern, der landwirtschaftlichen Prägung sowie den Gemeinden und Städten sind die Auswirkungen des Klimawandels schon heute deutlich zu spüren. Für uns sind Klimaanpassung und Klimaschutz deshalb zentrale Forderungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Rendsburg die landesweite Energiewende weiterhin maßgeblich unterstützt und mitgestaltet.

Von besonderer Bedeutung für den Klimaschutz sind die Pläne zur Gründung einer kreisweiten Klimaschutzagentur, deren Einrichtung wir unterstützen. Rendsburg soll das Ziel des Kreises unterstützen, den Klimaschutz voranzutreiben und private Haushalte wie auch Betriebe verstärkt zu motivieren, an der Energiewende zu partizipieren.

Wir setzen uns für ein städtisches Klimaschutzprogramm ein, das auf der Basis der bisher verfügbaren Daten zu den CO₂-EMISSIONEN Maßnahmen auf allen Handlungsfeldern anregt, koordiniert und evaluiert. Dabei geht es sowohl um investive Maßnahmen und Aktionen (Entsiegelung, Grünanpflanzungen, Selbstverpflichtung zur Einhaltung von ökologischem und nachhaltigen Verhalten bei entsprechenden Anschaffungen und Baumaßnahmen) als auch um Anreize für klimafreundliches Verhalten (Einsparungen von Strom- und Heizenergie, Abfallvermeidung, Reduzierung von Individualverkehr u.a.).

Energetische Sanierung

Eine Voraussetzung für erfolgreiche Klimaschutzpolitik ist ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor. Vor diesem Hintergrund wollen wir den weiteren Ausbau der Photovoltaik, effizientes

Repowering von bestehenden Windkraftanlagen und der Steigerung des Anteils erneuerbarer Wärme unter Abwägung sozialer und naturschutzrechtlicher Belange vorantreiben und uns für den Netzausbau stark machen.

Städtische Flächen entsiegeln

Wir wollen, dass keine weiteren Flächen aus dem Landschaftsschutz entlassen werden. Ferner möchten wir das Land bei dem Vorhaben, Ausgleichsgelder für die Entsiegelung für Flächen zu nutzen, unterstützen. Gemeinsam mit den Ämtern und Gemeinden wollen wir hierfür geeignete Flächen identifizieren und mit dem Land in einen Dialog über mögliche Pilotprojekte zur Flächenentsiegelung eintreten.

Abfallvermeidung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten daran fest, dass Abfallvermeidung (u.a. Plastik) an erster Stelle stehen muss. An zweiter Stelle steht die Wiederverwendung aller Abfallstoffe. Die AWR unseres Kreises ist hierbei auf einem guten Weg. Wir wollen sie auf diesem Weg weiterhin unterstützen und eigene Aktionen auf den Weg bringen.

Nachhaltige Beschaffung vorantreiben

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Stadt auch in Zukunft bei der Beschaffung von z.B. IT-Geräten, Büromaterialien, Möbeln, Dienstkleidung etc. gehalten sind, nach ökologischen und sozialen Kriterien zu entscheiden, so z.B. nach dem Energieverbrauch, den Produktionsbedingungen, den Inhaltsstoffen und deren Herkunft, nach der Nachhaltigkeit insgesamt. Die Berücksichtigung von Siegeln ist hierfür ein geeigneter Weg.

Umwelt- und Naturschutz

Ökologische Landwirtschaft

Unser Kreis ist geprägt von einer landwirtschaftlichen Struktur. Wir verfolgen das Ziel einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, die Artenvielfalt sichert, unsere Gewässer schont und den Landwirten und Landwirtinnen eine wirtschaftliche Perspektive eröffnet.

Wir unterstützen das Ziel der Landesregierung, die ökologische Landwirtschaft stärker zu fördern und Anreize und Impulse zur Neuausrichtung der Landwirtschaft zu geben.

Wir wollen keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Äckern oder im Futter von Tieren. Wir fordern, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde gentechnikfreie Region wird. Wir begrüßen es, wenn Verbraucher*innen gentechnikfrei produzierte Lebensmittel beim Erzeuger nachfragen.

Trinkwasser schützen

In Schleswig-Holstein wird 100% des Trinkwassers aus dem Grundwasser gewonnen. Mehr als die Hälfte der so genannten Grundwasserkörper sind erheblich und nachhaltig belastet, es besteht unmittelbarer Handlungsbedarf.

Wir wollen die Umsetzung der „guten fachlichen Praxis“ bei der Landbewirtschaftung im Sinne des Wasserschutzes. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass zukünftig auf Extensivierung und ökologische Intensivierung gesetzt wird.

Wir setzen uns für umfangreiche Kontrollen im Tierschutz und wirksame Ahndung von Verstößen gegen das Tierschutzrecht ein. Dazu gehört, dass auch die zuständigen Behörden personell besser ausgestattet werden.

Regionale Vermarktung stärken

Die direkte Vermarktung von regionalen Erzeugnissen aus der Landwirtschaft ist ein relevanter Faktor zur Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Wir setzen uns dafür ein, dass bei uns im Kreis vermehrt Projekte zur Vermarktung regionaler Erzeugnisse durch Einkaufskooperationen für regionale Produkte unterstützt werden und öffentliche Einrichtungen wie Gemeinschaftsküchen vermehrt auf regionale Zulieferer zurückgreifen und damit eine Vorbildfunktion einnehmen

Wasser

Die Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ist zwingend einzufordern. Alle Flussläufe im Kreisgebiet (und in ganz Schleswig-Holstein) müssen vom Meer bis in die Quellgebiete barrierefrei sein. Außerdem setzen wir uns dafür ein, entwässerten Niederungen ihre natürliche Regenrückhaltefunktion zurück zu geben.

Wir erteilen weiterhin jeder Form der Privatisierung von Wasserwerken eine Absage.

Artenvielfalt erhalten

Das Insektensterben wird aktuell auf erschreckende Art und Weise sichtbar. Um dem Rückgang entgegen zu treten, soll die Stadt Grünflächen insektenfreundlich bewirtschaften und z.B. Blühflächen schaffen. Wir möchten

den Kreis auffordern, ein mit den Gemeinden abgestimmtes Konzept zur Erhaltung der Artenvielfalt zu entwickeln, das die Biodiversitätsstrategie der Landesregierung aufgreift.

Wir wollen die ökologische Aufwertung von privaten Flächen unterstützen.

Uns ist es wichtig, die biologische Vielfalt zu erhalten und genetisch veränderte Organismen zu verhindern. Auf städtischen Flächen wollen wir deshalb keine Gentechnik und Pestizide zulassen.

Saubere Meere

Der zunehmenden Verschmutzung unserer Meere und Küsten, insbesondere durch Plastikmüll, muss Einhalt geboten werden. Wir fordern die Stadt auf, Konzepte zur Müllvermeidung zu entwickeln.

Kita und Bildung

Gleiche Chancen auf Bildung sind ein wichtiges Ziel GRÜNER Bildungspolitik. Unabhängig von finanzieller Ausstattung des Elternhauses und Lage des Wohnortes, hat der Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen allen Menschen in gleichem Maße offen zu stehen. So verstehen wir Chancengleichheit.

Wir fordern die Einrichtung eines Bildungsforums für die Stadt, von der Krippe bis zur beruflichen Bildung und Weiterbildung in staatlicher, kirchlicher oder privatrechtlicher Verantwortung (z.B. BBZ, IBAF). Dieses kann auch als Lobbyplattform für alle Bildungsthemen verstanden werden.

Kita

Die Herabsetzung von Lebenschancen erfolgt häufig schon im frühen Kindesalter durch unterschiedliche Angebote und Möglichkeiten der Entwicklung. Dem wollen wir durch qualifizierte Krippenangebote begegnen.

- Es ist uns wichtig, dass allen Kindern Plätze in einer Krippe und danach in der Kita zur Verfügung stehen.
- Die finanzielle Förderung der Kindertagesstätten soll so ausfallen, dass Standards gehalten und die Qualität verbessert werden können, z.B. für geringere Gruppengrößen. Nur durch die Möglichkeit intensiver persönlicher Zuwendung können Kinder optimal gefördert werden.
- Die erhöhten Landesfördermittel sollen auch dafür eingesetzt werden, Eltern und Kommunen zu entlasten. Kitas müssen bezahlbar sein!
- Das Betreuungsangebot muss dem Bedarf der Familien entsprechen, insbesondere um die Berufstätigkeit von allein oder gemeinsam

Erziehenden zu fördern. Dazu gehören unter anderem auch flexible, bedarfsgerechte Öffnungszeiten.

- Das Essen in den Kitas soll gesund und bezahlbar sein.
- Das Angebot an Tagespflegeeltern soll die Kitas bedarfsgerecht ergänzen.
- Des Weiteren muss die qualifizierte Ausbildung von Erzieher*innen am Berufsbildungszentrum (BBZ) sowie die Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften für die Gruppenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe (Heimerzieher/-in mit kirchlicher Anerkennung) am IBAF unterstützt und weiterentwickelt werden.

Unser Ziel ist es, die Entwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren weiter zu fördern, denn nur in enger Absprache mit und durch die Unterstützung von Eltern kann bereits im frühen Alter Chancengleichheit unterstützt werden.

Bildung

Die Schullandschaft und die SchülerInnenzahlen haben sich verändert. Eine zukunftsfähige Schullandschaft erfordert eine sinnvolle Planung der Schulen, um allen Kindern und Jugendlichen ein angemessenes und annehmbares Angebot zu machen. Wir stehen weiterhin zu unserem Ziel, auch kleine Grundschulen zu erhalten, nach wie vor gilt unser Grundsatz "kurze Wege für kurze Beine". Aber auch hier gilt es, für ein flächendeckendes Ganztagsangebot zu sorgen. Unser Ziel ist es dabei, offene Ganztagschule in gebundene umzuwandeln. Die Rahmenbedingungen für inklusive Beschulung sollen regelmäßig überprüft und ggf. verbessert werden. Dabei steht der Anspruch des einzelnen Kindes hinsichtlich der Gewährleistung sonderpädagogischer Standards ebenso im Vordergrund wie der Anspruch von Kindern mit besonderer Begabung. Bei der Gestaltung des Ganztags-Angebotes sollten die vor Ort tätigen Kultureinrichtungen und Sportvereine mit einbezogen werden. So werden nicht nur schulische und schulische Angebote miteinander verzahnt, sondern auch eine nachhaltige Nachwuchsarbeit ermöglicht, die für den Erhalt städtischer Sozialstrukturen erforderlich ist.

Die Schulentwicklungsplanung ist dahingehend fortzuschreiben, dass die weiterführenden Schulen zunehmend zu überregionalen Bildungszentren zusammengefasst werden. Nur so können die bereits bestehenden Einrichtungen optimal vernetzt und zusammengeführt werden.

Um die hohen Abbrecherzahlen in Ausbildung und Studium zu verringern, gilt ein besonderes Augenmerk der Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Hier kommt den BBZs eine besondere Aufgabe zu, da sich dort die Schüler*innen wiederfinden, die ohne Abschluss die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Die Arbeitsgruppe aus Vertretern der allgemeinbildenden

Schulen, der BBZs, des Jobcenters, des Jugendamtes und Vertretern der Schulaufsicht muss unterstützt werden, mit dem Ziel ein angemessenes vernetztes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Jugendliche zu entwickeln und fortzuschreiben. Um hier vernetzter arbeiten zu können, werden wir die Einrichtung einer Jugendberufsagentur fördern.

Schüler und Schülerinnen der Förderzentren geistige Entwicklung bedürfen der besonderen Beachtung. Deshalb werden die Schulen so ausgestattet, dass körperlich, geistig und seelisch beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Förderung zugutekommt. Dabei sind die Möglichkeiten eines fach- und bedarfsgerechten Übergangs vom Förderzentrum in die Inklusion bzw. umgekehrt unter Einbeziehung des Elternwillens auszubauen. Ziel ist es, die bestmögliche Förderung zur Selbstständigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben spätestens im Rahmen der Berufsvorbereitung zu gewährleisten. Das bislang nur geringe Angebot im ersten Arbeitsmarkt muss im Verbund von Förderzentrum, Firmen, Sozialträgern und der Stadt ausgebaut werden.

Zur Stärkung des außerschulischen Lernens engagieren wir uns für den Erhalt und Ausbau der Angebote der Volkshochschule und der Kreismusikschule.

Wir sehen es als wichtig an, kommunale Bildungslandschaften zu fördern, die sämtliche Angebote der Bildung im Sinne des lebenslangen Lernens miteinander vernetzen.

Gesundheit und Pflege

Medizinische Versorgung

Die Inlandklinik mit ihren Standorten Rendsburg und Eckernförde muss in kommunaler Hand bleiben. Wir Grüne fordern, dass der Kreis sich eine Klinik leistet, die für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Rendsburg-Eckernförde eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet.

Pflege

Das Netz von Pflegestützpunkten im Kreis-Rendsburg-Eckernförde ist aufrechtzuerhalten, um Betroffenen und Angehörigen wohnortnah und zuverlässig Beratung und Unterstützung anzubieten.

Dabei hat die Inanspruchnahme ambulanter Dienste Vorrang, damit die Betroffenen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. In der Beratung sollen Betroffenen und deren Angehörigen daneben alternative Möglichkeiten zum Heimaufenthalt aufgezeigt werden, wie z.B.

altersgerechte Wohngruppen, Senioren-Wohngemeinschaften und Projekte altersgerechten Wohnens.

Wir Grüne fordern und unterstützen effektive Kontrollmöglichkeiten des pflegerischen Bereiches, um unserer Verantwortung für Senior*innen gerecht werden zu können.

Soziale Teilhabe

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Daseinsvorsorge in der Verantwortung der Stadt bleibt. Wir wollen eine qualitative Verbesserung der sozialen Daseinsvorsorge und der Inklusion von teilhabeeingeschränkten Bürgerinnen und Bürger. Daseinsvorsorge gehört in kommunale Hand. Wir fordern eine Rückkehr von der weiter zunehmenden Privatisierung der psychosozialen Grundversorgung. Die Gestaltung von sozialen Hilfen muss frei werden von wirtschaftlichen Belangen. Daher fordern wir ein Umdenken von städtischer Verwaltung. Wir brauchen eine langfristige, nachhaltige und systematische Planung und finanzielle Ausstattung von Familienzentren, des Frauenhauses und der Jugendsozialarbeit.

Kinder- und Jugendpolitik

Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die Stadt im Rahmen des Paragraphen 47f der Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umsetzt und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und Jugendlichen integriert.

Frauenpolitik

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht. Gleichstellungspolitik ist nach wie vor Frauenpolitik. Wir Grüne füllen in unserer Partei Frauenpolitik mit Leben aus, indem wir Ämter in der Partei und Listenplätze der Kandidat*inn*en für die Kommunalwahl hälftig mit Frauen besetzen. Wir setzen uns dafür ein

- die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, des Frauenhauses und der Frauenberatungsstelle zu unterstützen
- alle Bemühungen um mehr Gerechtigkeit für Frauen zu fördern
- gegen jegliche Art von Gewalt gegen Frauen einzuschreiten
- bestehende Projekte auf eine verlässliche und solide Grundlage zu stellen
- insbesondere die Projekte, die Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen, zu unterstützen

- Betreuungsangebote für Kinder zu verbessern, damit Beruf und Familie vereinbar sind.

Inklusion

Eine solidarische und vielfältige Gesellschaft bedeutet für uns auch die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Wir fördern die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention auf Stadt-Ebene. Hier werden konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung formuliert. Diese Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen eine gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht wird. Dabei gilt,

- der Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden muss für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gleichermaßen möglich sein.
- der öffentliche Personennahverkehr, auch die Regionalbahnen, müssen für alle Menschen barrierefrei zugänglich sein.
- Informationen im öffentlichen Raum müssen für alle Menschen verständlich dargestellt werden.

Kulturelle Vielfalt und Integration

Kultur und kulturelle Bildung

Lebendige Kultur ist ein elementarer und vielfältiger Bestandteil einer lebenswerten und sozial gerechten Stadt Rendsburg und trägt ganz wesentlich zu einer Identifikation und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadtgestaltung bei. Insofern betrachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ausgaben für den kulturellen Bereich nicht als „freiwillige Leistung“, sondern als unverzichtbaren Bereich der städtischen Daseinsfürsorge.

Die Stadt und Region Rendsburg hat sich mit dem Schleswig-Holsteinischen Landestheater, dem Nordkolleg und dem Jüdischen Museum sowie den Veranstaltungen des Schleswig-Holstein Musik Festivals und der Nordart zu einem landesweiten Kulturstandort entwickelt. Diese Bereiche gilt es zu pflegen und wenn möglich auszubauen. Aber auch die Museen im Kulturzentrum, die Musikschule, die Volkshochschule, die Kirchenmusik, Kultur in Mastbrook, die Kinos und alle weiteren ehrenamtlich geleiteten Kulturinitiativen, die sich zum großen Teil im Kulturnetz Region Rendsburg zusammengeschlossen haben, sollen in ihrer Vielfalt gefördert und gestärkt werden.

Wichtig dabei sind u.a.:

- Die Neukonzeption der Museen im Kulturzentrum mit den Schwerpunkten Kanal- und Garnisongeschichte.
- Der erfolgreiche Abschluss des Kulturentwicklungsplans für die Region Rendsburg.
- Die Berufung eines ehrenamtlichen „Kulturbeauftragten“ bei der Stadt Rendsburg.
- Weitere fest vereinbarte Partnerschaften zwischen städtischen Schulen, Kindergärten, Sozialeinrichtungen und Kultureinrichtungen, um (inter)kulturelle Bildung und Teilhabe für alle Bevölkerungskreise zu ermöglichen.
- Historisch wichtige Gebäude und Stadtstrukturen erhalten und kennzeichnen (auch mit QR-Quodes), um Rendsburg als Ort der Baukultur städtebaulich zu festigen und attraktiv für Einheimische und Touristen zu gestalten.

Menschen, die zu uns kommen, sollen die Stadt Rendsburg als offenen und sicheren Lebensraum erfahren können. Wir treten ein für die volle rechtliche Gleichstellung der Zugewanderten, die hier rechtmäßig und auf Dauer leben. Integration muss dabei so früh wie möglich einsetzen. Dazu gehört die frühzeitige Teilnahme an Deutsch-Sprachkursen. Dafür sollten die Angebote an der Volkshochschule und anderen Sprachanbietern bedarfsgerecht weiter ausgebaut und finanziert werden. Der unbeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt muss ermöglicht werden. Bereits im Kindergarten sollen interkulturelle Erziehung und Lernen beginnen. Weiterhin müssen Beratungsstellen für MigrantInnen gefördert und nach Bedarf errichtet werden. Insbesondere die Sportvereine können maßgeblich zu einer gelingenden Integration von Migrantinnen und Migranten beitragen. Entsprechende Projekte sind weiterhin zu entwickeln und nachhaltig – auch durch mehr Personal – zu fördern.

Das Integrationskonzept der Stadt wurde von uns gefordert und gefördert. Wir setzen uns für eine nachhaltige Weiterentwicklung und finanzielle Absicherung ein. Integration ist ein langjähriger Prozess und verändert Gesellschaft. Dieser Prozess muss von Fachkräften begleitet werden. Wir setzen uns dafür ein, das Ehrenamt, das bislang unermüdlich Integration von Flüchtenden unterstützt hat, deutlich zu entlasten.

Die angespannte Wohnraumsituation vor allem in Rendsburg und Eckernförde macht es anerkannten Migrantinnen und Migranten schwer, sich ein eigenes Leben außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen einzurichten. Wir fordern ein Konzept der Stadt, um diesem Problem entgegenzuwirken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rendsburg unterstützen die Entscheidungen von Kirchengemeinden, Menschen in Not Kirchenasyl zu gewähren. Mit dem Kirchenasyl wird in vielen Fällen eine unsinnige und menschenunwürdige Abschiebung nach dem Dublin-Verfahren verhindert, bei dem Menschen, die

auf ihrer Flucht und auf der Suche nach Schutz ein anderes europäisches Land durchquert haben, in dieses Land zwangsweise verbracht werden.

Jeglicher Form von Rassismus erteilen wir weiterhin entschieden eine Absage! Gleiches gilt für die Diskriminierung und Ächtung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung. Die Erziehung junger Menschen zu Toleranz und Demokratie ist nicht nur Aufgabe der Familie, sondern Pflicht der gesamten Gesellschaft. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht und Rassismus und Antisemitismus ächtet. Dabei setzen wir auf

- den Dreiklang von Prävention, Intervention und Integration
- Opferberatungsstellen
- finanzielle Förderung für den Aufbau und die Vernetzung von Vereinen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit
- gezielte Ansprache von Jugendlichen, um ihnen konkrete Angebote zu machen und ihre Ausstiegsbereitschaft aus der rechtsextremistischen Szene zu wecken (vor allem durch den Einsatz von „Streetworkern“).

Digitalisierung

Die digitale Welt ist mittlerweile elementarer Bestandteil der sozialen und kulturellen Teilhabe. Post und Banken sparen Filialen ein und ausgerechnet die ländlichen Regionen werden von Elementen der Grundversorgung abgeschnitten. Doch gerade bei der älteren Generation sind Hemmschwellen vorhanden, digitale Angebote zu nutzen. Auch jüngere Menschen nutzen Angebote wie die Internetterminals zu Verwaltungsformularen oder den digitalen Personalausweis nur sporadisch. Zudem wächst gerade die erste Generation heran, für die Internettechnologie ganz normal ist. Doch ausgerechnet diesen "Digital Natives" fehlt oft die kritische Distanz, wenn es um die Einschätzung von Risiken geht.

Um all diese Punkte anzugehen, möchten wir den "digitalen Bürgerbus" etablieren. Ausgestattet mit Zugangsmöglichkeiten zum Internet sowie vielfältigem Schulungsmaterial können hier Berührungspunkte abgebaut und Angebote unter Anleitung benutzt sowie über Risiken aufgeklärt werden. Als buchbare Instanz kann der digitale Bürgerbus außerdem in Schulen und weiteren Institutionen Hilfestellung bei der Schulung digitaler Kompetenz geben. Angemessen ist auch die Ausstattung der Bibliotheken und der Volkshochschule als Digitale Knotenpunkte. Sie sollen Treffpunkte werden, in denen digitale Kompetenz angeeignet werden kann. Hier sollte die Stadt finanzielle Unterstützung bei Investitionen leisten.

Öffentliches WLAN ist vielerorts bereits eine Selbstverständlichkeit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Innenstadtgebiet bis 2020 mit kostenlosem öffentlichen WLAN ausgestattet ist.

Ferner sollten Bürger*innen bis 2020 in der Lage sein, alle sie betreffenden Verwaltungsvorgänge auch digital vorzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung eine landesweit einheitliche Lösung findet, die leicht verständlich, optisch ansprechend und in der Handhabung barrierefrei ausgestaltet ist.

Wir möchten, dass bis 2025 jedes Hausgrundstück einen Breitbandanschluss hat. Hierzu wird die Stadt sich dafür einsetzen, dass mit Unterstützung des Breitbandkompetenz-zentrums die Realisierung von Breitbandvorhaben zügig vorangetrieben wird.

Daseinsvorsorge

Wohnraumentwicklung

Wir möchten, dass in Kooperation mit den im Kreis tätigen Wohnungsbaugenossenschaften bezahlbarer Wohnraum bedarfsgerecht erstellt wird. Die Stadt sollte dabei die Entwicklung eines Konzepts vorantreiben und für die Umsetzung des Konzepts Fördermaßnahmen prüfen.

Ehrenamt

Vereine, Verbände und Ehrenämter "verstecken" sich zum Teil sehr erfolgreich vor potentiellen Mitgliedern. Zahlreiche Institutionen lassen sich nur per Mundpropaganda auffinden. Wir fordern die Gemeinden auf, hier zu unterstützen.

Regelmäßig gepflegte "Gelbe Seiten" zu diesem Thema würden es den Bürgern erleichtern, den passenden Platz für ihr Engagement zu finden.

Seit Jahren werden Baukastensysteme für die Erstellung von Webseiten angeboten, die hauptsächlich von der Wirtschaft genutzt werden. Wir fordern die Stadt auf, ein einheitliches, leicht nutzbares Baukastensystem sowie den nötigen Webspace zur Verfügung zu stellen. So können sich Vereine, Verbände und Ehrenämter ohne große Wissens- oder Finanzhürde präsentieren. Zugleich erhalten wichtige kulturelle, sportliche und gesellschaftliche Institutionen vom Turnverein bis zur Feuerwehr die Möglichkeit, sich professionell und einheitlich zu präsentieren.

Feuerwehr

Wir stehen zur Freiwilligen Feuerwehr. Sie soll Unterstützung erfahren, wo immer es in der Möglichkeit der Stadt liegt.

Tierheim

Immer mehr Tiere werden im Tierheim abgegeben oder ausgesetzt. Zunehmend werden Tiere aus schlechten Haltungen und in Fällen von „Animalhording“ eingezogen oder aus illegalen Transporten beschlagnahmt. Das Tierheim ist dabei zunehmend in seiner Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende Finanzierung des Tierheims.

Stadtentwicklung und -gestaltung

Rendsburg mit seiner über800jährigen Geschichte ist geprägt durch die zentrale Lage in Schleswig-Holstein an Eider und Kanal, die dänische, preußische und deutsche (Militär)geschichte und übernimmt als Kreisstadt zahlreiche Funktionen für die Region. Der Verlust vieler Arbeitsplätze im Gewerbe, im Verwaltungsbereich, bei der Bundeswehr sowie im Einzelhandel hat in den letzten 20 Jahren zu einem Strukturwandel geführt, der durch ein Schwinden der Kaufkraft und Abwanderung zahlreicher Einwohner in Nachbargemeinden verstärkt wurde. Diese Entwicklung gilt es durch ein Bündel von Maßnahmen einzugrenzen und die Stadt wieder zu einem lebens- und liebenswerten Ort für seine Bewohner und Besucher zu entwickeln.

- Schaffung von neuem Wohnraum mit einem zügigen Baubeginn auf dem Gelände der ehemaligen Eiderkaserne und auf den „Heitmannschen Koppeln“. Baulücken schließen, Freiflächen nutzen (evtl. auch nicht genutzte Kleingartenflächen).
- Durch eine aktive Stadtpolitik Ansiedlung von Gewerbe fördern (z.B. Büsumer Straße, ehem. Feldwebel-Schmid-Kaserne, Kreishafen). Dabei auch für verlässliche Kanalquerungen für den Verkehr sorgen.
- Ein Aktionsbündnis aus Wirtschaft, Kultur, Eigentümern, Verwaltung und Politik begründen, um für die Innenstadt städtebauliche und baukulturelle Maßnahmen zu entwickeln für eine gute Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit. So kann die Altstadt für Einheimische aber auch Touristen wieder attraktiv werden und sich neue Wirtschaftskraft entwickeln. Wichtig ist dabei den Leerstand zu verringern, die „Verbretterung“ zahlreicher Gebäude zu beenden, Straßen und Plätze attraktiv zum Verweilen zu gestalten und sauber zu halten.
- Erstellung eines Konzeptes zur Neugestaltung des Jungfernstiegs vom Stadttheater bis zum Kulturzentrum (einschließlich des Stadtparks (Kindergarten)).

- Erhalt von Freiflächen am Obereiderhafen als städtische „Veranstaltungswiese“ bei weitgehendem Verzicht auf eine Bebauung.

Sport

Sport und Vereine haben im Miteinander eine herausgehobene Stellung, da die sogenannten Softskills gefördert werden. Sportliche Betätigung integriert Menschen aus anderen Kulturen und schafft Begegnung zwischen Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Dabei ergeben sich unterschiedliche Aufgaben für die Vereine oder für andere Gruppierungen im Sport:

- Aufgabe der Vereine ist es, Teil des städtischen Lebens zu sein.
- Aufgabe der Vereine ist es, Jugendliche, die benachteiligt sind, in die Vereine zu integrieren.

Sportentwicklungspläne sollen den konkreten Bedarf in der Stadt Rendsburg ermitteln. Diese sind dann Grundlage für die Planung des Weiteren Vorgehens inklusive der Sportstättenanierung und des Sportstättenbaus.

Wirtschaft und Verkehr

Mobilität und Infrastruktur

Mobilität in Rendsburg bedeutet für uns, dass jedes Ziel innerhalb einer vertretbaren Zeitspanne zu angemessenen Preisen und unabhängig von der Verfügbarkeit eines privaten PKWs erreichbar ist. Dies ist zugleich unser politisches Ziel. Wir unterstützen dabei den Masterplan Mobilität der KielRegion.

Es gilt, ein Verkehrsachsenkonzept für den öffentlichen Personennahverkehr zu entwickeln. Die Verkehrsachsen werden ergänzt durch flexible regionale Zubringerdienste, wie Rufbus, Ruf taxi, „Dörpsmobil“, Gemeindebus etc. Die Schülerbeförderung wird in das Verkehrsachsenkonzept mit Zubringerdiensten einbezogen. Es findet eine effiziente Verknüpfung von Bus und Bahn statt. Mit Hilfe einer digitalen Mobilitätsplattform soll niedrigschwellig und transparent über das Mobilitätsangebot informiert werden.

Es soll ein Fahrradwegekonzept mit Fahrradschnellachsen entwickelt werden. Dem Bedarf entsprechend sollen Fahrradwege neu gebaut, bestehende Wege dauerhaft gepflegt und Lücken geschlossen werden. Der Übergang vom ÖPNV zum Radwegenetz soll erleichtert und der Transport von Fahrrädern vergünstigt werden.

Die Einrichtung von Elektroladestationen für E-Bikes und Elektroautos an öffentlichen Gebäuden soll zukünftig gefördert werden.

Kreislaufwirtschaft stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten daran fest, dass Abfallvermeidung an erster Stelle stehen muss. An zweiter Stelle steht die Wiederverwendung aller Abfallstoffe. Die AWR unseres Kreises ist hierbei auf einem guten Weg. Wir wollen sie auf diesem Weg weiterhin unterstützen.

Der Erhalt kommunaler Versorgungsbetriebe ist uns wichtig. Aufgabe des Kreises kann es sein, Vernetzung und Austausch zu organisieren, um Konzepte für die kommunale Ver- und Entsorgung, für die Nutzung von Abfall als Rohstoff und Energieressource zu entwickeln.

Wir treten für eine Abfallpolitik ein, die vorrangig eine Kooperations- und Verbundlösung der gesamten nördlichen Region Schleswig-Holsteins in der Abfallwirtschaft umfasst. Nur so sind der Abbau teurer Überkapazitäten und die langfristige Sicherung innovativer und flexibler Entsorgungstechnologien effektiv und kostengünstig. Mülltourismus muss durch eine verantwortungsvolle Preispolitik vermieden werden.

Wir wollen den Weg von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft weiter voranbringen.

Nachhaltiger Tourismus

Unsere Stadt sollte wichtiger touristischer Anziehungspunkt werden für Menschen, die eine erfüllte Freizeit verbringen möchten. Die Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich, ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten. Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus“ und wollen prüfen, wie wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und ökologischen Konzepten besonders unterstützen können.

Nachhaltige Beschaffung vorantreiben

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Stadt auch in Zukunft bei der Beschaffung von z.B. IT-Geräten, Büromaterialien, Möbeln, Dienstkleidung etc. gehalten sind, nach ökologischen und sozialen Kriterien zu entscheiden, so z.B. nach dem Energieverbrauch, den Produktionsbedingungen, den Inhaltsstoffen und deren Herkunft, nach der Nachhaltigkeit insgesamt. Die Berücksichtigung von Siegeln ist hierfür ein geeigneter Weg. Die Bewertung von Angeboten entlang eines Lebenszykluskostenmodells wollen wir im Kreis erproben.